

Das Richtige tun. Für eine Agenda 2020.

Deutschland 2014, das ist die wirtschaftliche Lokomotive im Herzen Europas. Wir sind besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen als die meisten anderen Länder der Welt. Dabei galten wir noch vor zehn Jahren als „der kranke Mann Europas“ mit zu hohen Lohnnebenkosten, aus den Rudern laufenden Sozialsystemen, dem traurigen Rekord von über fünf Millionen Arbeitslosen und zu wenigen Ausbildungsplätzen.

Das hat sich geändert. Strukturelle Reformen des Arbeitsmarktes, bei Rente und Gesundheit, Steuerreformen verbunden mit Steuersenkungen und die Schuldenbremse legten den Grundstein dafür, dass trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise heute mit über 42 Millionen Erwerbstätigen so viele Menschen in Deutschland Arbeit haben wie noch nie zuvor, die Sozialkassen gut gefüllt sind und der Bund 2015 endlich keine Schulden mehr macht. Die Partnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften mit ihrer Bereitschaft zur Lohnzurückhaltung in der Krise und zu flexiblen Lösungen für Branchen und Unternehmen vor Ort hat dies sehr erfolgreich flankiert.

Die harten Jahre und die heftigen Auseinandersetzungen um den richtigen Weg sind uns allen noch vor Augen. Es muss uns alle Anstrengung wert sein, nicht wieder in solch eine Situation zu geraten. Doch anstatt sich zu den Erfolgen der Agenda 2010 zu bekennen, will die SPD sie nun in Teilen verschämt zurückdrehen. Wir müssen aber in einer Agenda 2020 das Richtige tun, damit es uns auch noch in vier, acht oder in zehn Jahren gut geht.

Die CDU als einzig verbliebene Volkspartei wird daran gemessen werden, ob es den Menschen 2017 besser geht als heute – oder eben nicht. Wirtschaftliches Wachstum ist die entscheidende Voraussetzung, um das in einer älter werdenden Gesellschaft zu erreichen. Wir wollen nicht lediglich erreichten Wohlstand verteilen, sondern ihn jeden Tag neu erwirtschaften und mehren. Gute Wirtschaftspolitik ist die Voraussetzung für gute Sozialpolitik. Hier liegt unser Profil als Wirtschafts- und Wertepartei.

Wir wollen die gesellschaftliche Debatte zur Zukunft positiv und offensiv gestalten. Aus unserer Sicht ist eine Agenda 2020 notwendig:

- I. **Haushaltskonsolidierung:** Der Staat muss mit seinen Einnahmen auskommen. Daher darf der ausgeglichene Bundeshaushalt für 2015 keine Ausnahme sein, sondern muss die Regel werden. Keine neuen Schulden mehr, das ist unser Versprechen an künftige Generationen. Wir wollen Wachstum durch Konsolidierung. Und das ist angesichts von Rekordsteuereinnahmen machbar, wenn sich alle mit immer neuen Forderungen zu-

rückhalten.

- II. Den Menschen Freiraum lassen: In kaum einem anderen Land Europas ist die Steuern- und Abgabenquote so hoch wie in Deutschland. Keine neuen Steuern, dieses zentrale Versprechen der Koalition gilt. Mehr noch, sobald es den finanziellen Spielraum dazu gibt, muss die kalte Progression endlich abgeschafft oder zumindest abgemildert werden. „Wer mehr leistet, soll auch mehr haben.“ - dieser einfache Satz wird für viele bei jeder kleinen Lohnerhöhung ad absurdum geführt. Stattdessen verdient der Staat unverdient überproportional mit.
- III. Investitionen in die Zukunft: Heute geben wir fast die Hälfte des Bundeshaushalts für Soziales aus, der Anteil für Investitionen sinkt immer weiter. Dieser starke Gegenwartsbezug ist kurzsichtig. Auch zu Beginn dieser Legislaturperiode steht erneut die Ausweitung staatlicher Leistungen im Mittelpunkt. Zwar sind beispielhaft und überproportional in den letzten Jahren die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung gestiegen. Aber statt Sozialleistungen auszubauen, muss noch mehr zu Gunsten von Investitionen in die Infrastruktur, wie etwa in Schienen, Straßen, Breitband und Universitäten, umgeschichtet werden.
- IV. Digitalisierung als Chance: Deutschland und Europa sind im Vergleich zu den USA digitale Zwerge. Durch eine Änderung der Anlageregeln sollten Lebensversicherer und Pensionsfonds bis zu ein Prozent ihrer Anlagen in Start-Ups investieren dürfen. Das setzt Milliarden für gute Ideen frei. Dazu gehört auch eine Gründerkultur, die selbstverständlich eine zweite Chance gibt, wenn der erste Anlauf scheitert. Zudem braucht es Leuchtturmprojekte. Neben dem flächendeckenden Breitbandausbau braucht es endlich kostenloses WLAN in allen öffentlichen Gebäuden, in der Bahn und Flughäfen. Ebenso sollen Restaurants, Cafés, Hotels und alle, die wollen, öffentlich zugängliches WLAN anbieten können, ohne für die Nutzer zu haften.
- V. Klares Bekenntnis zur Industriepolitik: Deutschland ist ein Industrieland. Unser Erfolg baut auf die vielen tausend großen und kleinen Unternehmen auf, die oftmals in ihrem Segment führend in der Welt sind. Wir wollen, dass das so bleibt. Denn allen Boom-Nachrichten zum Trotz wird in Teilen der deutschen Industrie deutlich weniger investiert als beschrieben, es droht eine schleichende Deindustrialisierung. Investitionen aber brauchen Planbarkeit. Dazu gehören auch vorhersehbare und bezahlbare Energiepreise. Die Fehler der Vergangenheit beim EEG müssen hier endlich mutig korrigiert werden. Zudem müssen wir unter dem Stichwort Industrie 4.0 das Zusammenspiel von Mensch, Maschine und Technik ganz neu den-

ken. Dies schließt Fragen der Datensicherheit und Standardisierung mit ein.

- VI. **Vorsorge für eine alterndes Land:** Deutschland ist schon heute das zweitälteste Land der Welt. Und wir altern weiter: In 15 Jahren werden Jahr für Jahr doppelt so viele Menschen in Rente gehen wie aus den Schulen an jungen Arbeitskräften nachkommen. Wir müssen für die Alterung der Gesellschaft vorsorgen, wie es nun bei der Pflege durch den Aufbau eines Kapitalstocks endlich begonnen wird. Bei der betrieblichen und privaten Altersvorsorge wurde in den letzten Jahren schon viel erreicht. Allerdings braucht es hier eine stärkere Verbindlichkeit, eine kapitalgedeckte Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung sollte für jeden obligatorisch und Geringverdiener gezielt dabei unterstützt werden. Konsumverzicht im Heute ist erforderlich, um den Lebensstandard im Alter zu sichern.
- VII. **Ressourcen des Alters nutzen:** In Deutschland leben immer mehr Ältere, die immer fitter alt werden. Wir brauchen diese Älteren und ihre Erfahrungen. Dies gilt für das Ehrenamt, die Freiwilligendienste - es war richtig, den Bundesfreiwilligendienst für alle Altersgruppen zu öffnen – und auch fürs Erwerbsleben. Daher setzt die geplante Rente mit 63 das völlig falsche Signal, jede Möglichkeit zur ungewollten Frühverrentung muss vermieden werden. Im Gegenteil: Wer länger arbeiten kann und will, soll dies ohne bürokratische Hürden und zusätzliche Kosten mit seinem Arbeitgeber vereinbaren können. Die Befristung der Beschäftigung bei Überschreiten der Regelaltersgrenze muss ebenso möglich sein wie die Befreiung von Renten- oder Arbeitslosenversicherungsbeiträgen. Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Rente, schrittweise weg von starren Altersgrenzen hin zu einer Flexi-Rente, die den Bedürfnissen des Einzelnen gerechter wird.
- VIII. **Bildung und Ausbildung für alle:** Es ist ein Skandal, dass immer noch zig Tausende jedes Jahr die Schulen ohne einen Abschluss verlassen und damit auch keine Chance auf eine Berufsausbildung haben. Wir brauchen jeden einzelnen von ihnen – und jeder hat auch seine Chance verdient, wenn er bereit ist, sich anzustrengen. Diese jungen Menschen brauchen jenseits des Unterrichts nach dem Prinzip des Förderns und Forderns Begleitung und Unterstützung, die sie oftmals in ihrem familiären Umfeld nicht erfahren. Wir müssen den jungen Menschen, die vor zehn oder acht Jahren in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, jetzt noch mal eine Chance zu geben. Hier muss die Arbeitsagentur gemeinsam mit Handwerk und Industrie gezielt ansetzen.
- IX. **Deutschland braucht gezielte Einwanderung:** Viele junge Menschen aus

Süd- und Osteuropa fliehen vor der hohen Arbeitslosigkeit in ihren Ländern zu uns. Innerhalb der EU sind die Regeln klar, ein gemeinsamer Binnenmarkt heißt eben auch ein gemeinsamer Arbeitsmarkt für alle EU-Bürger. Das allein reicht aber angesichts des drohenden Fachkräftemangels nicht. Wir brauchen eine positivere Haltung zur und klare Kriterien für Zuwanderung. Schul- und Bildungsabschlüsse, Sprachkenntnisse, der Wille zur Integration und der Bedarf des Arbeitsmarktes können in einem Punktesystem solche Kriterien sein. Wer Missbrauch und die bisher viel zu starke Einwanderung in die Sozialsysteme vermeiden will, muss sich zu klaren Regeln bekennen. Dann gilt aber auch: Wer die entsprechenden Voraussetzung mitbringt, ist uns hier herzlich willkommen!

- X. Freihandel für Wachstum: Ein transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA würde ein Drittel des Welthandels und 50 Prozent der Weltwirtschaft umfassen. Freier Handel fördert Wachstum, schafft Planungssicherheit und setzt gemeinsame Standards. Natürlich müssen Bedenken bezüglich des Verbraucher- oder Investitionsschutzes ernst genommen und ausgeräumt werden. Aber wir führen in Deutschland die Diskussion mal wieder viel zu verzagt, die Debatte um Chlorhühner verstellt den Blick auf die enormen Chancen, die ein solches Abkommen bedeutet, politisch und für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Es muss zügig und zielorientiert weiter verhandelt werden.